

Frankfurt/ Main. Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter in Deutschland auseinander, soziale und politische Spannungen nehmen zu. Die Ungleichheit im Sport liegt im ökonomischen Bereich, ein Kommentar von Prof. Hans-Jürgen Schulte für den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB).

Vor wenigen Wochen hat Deutschland den 70. Jahrestag des Grundgesetzes gefeiert. Zu Recht, denn niemals zuvor ist in einer deutschen Verfassung Gleichheit und Gerechtigkeit so klar und für alle Lebensbereiche formuliert worden wie seinerzeit in Bonn. Es hat für 70 Jahre Frieden nach innen und außen gesichert.

Doch ist Gesetz nicht sich selbsterfüllende Wirklichkeit. Von Gerechtigkeit im Alltag ist Deutschland noch ein (zu) weites Stück entfernt. Unterschiedliche Löhne und Posten bei Männern und Frauen, Renten zwischen Ost und West, Mieten zwischen Groß- und Kleinstädten, kulturelle Teilhabe zwischen Alleinerziehenden und Doppelverdienern, Bildungserfolge zwischen Einheimischen und Geflüchteten. Mehr und bedenklicher noch: Die Schere zwischen arm und reich nimmt dramatisch zu. Soziale und politische Spannungen auch.

Das alles ist nicht ganz neu. Entsprechend hat im letzten Herbst die Bundesregierung eine „Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt, die von gleich drei Ministerien bestellt wurde. Die Kommission nahm einen weiten Blick ins Land und untersuchte vor allem regional Unterschiede. Die sind monetär wie mental erheblich, wie die Kommission im Juli 2019

kartographiert hat.

70 Kommunen aus acht Bundesländern mit mehr als neun Millionen Bewohnern sind hochverschuldet. Mit an der Spitze: Mülheim an der Ruhr. Die Stadt hat zwei Milliarden Euro Gesamtschulden, andere Regionen an Rhein und Ruhr wie im Osten haben ähnlich viele. Weite ländliche Bereiche sind unterversorgt. Die Minister haben einen „Plan für Deutschland“ ausgerufen. Hilfen für den ländlichen Raum sollen stärker als bisher die Strukturschwäche berücksichtigen, Wirtschaftsförderung die demographischen Faktoren. Bundesstraßen sollen nicht nur nach aktueller Belastung geplant, sondern auch danach, wo neue Zentren entstehen werden.

Der Plan ist bisher nicht sehr konkret geworden und bedarf noch der Abstimmung mit den Ländern. Denn dort sind die konstatierten Defizite „abgehängter“ Regionen mit Mängeln in hausärztlicher Versorgung, Internetnutzung, Verkehrsverbindungen, gut bezahlten wohnortnahen Arbeitsplätzen, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten unverkennbar. Wie schwer sie allein ökonomisch zu lösen sein werden, machen die kontroversen Debatten um schwarze Null, Soli-Ende und Grundrente deutlich.

Eigenartigerweise ist der Sport von der Kommission kaum erwähnt worden. Hier und da tauchte die Schließung von Hallenbädern auf. Das mag daran liegen, dass der organisierte Sport mit seinen 90 000 Vereinen flächendeckend verbreitet ist, mit seinen Wettkampfsystemen und seiner Festkultur keine scharfe Trennung von Stadt und Land kennt, das als DNA eingepflanzte Solidarprinzip integrativ auch für Benachteiligte wirkt. DOSB und BISP haben das mit den regelmäßigen Sportentwicklungsberichten des Kölner Sportprofessors Breuer detailliert belegt. Nicht zuletzt haben die vielen Fernsehübertragungen Attraktivität und einen Teil der Vielfalt des Sports in jeden Haushalt gebracht, nicht wenige zur Bewegung motiviert.

Vielleicht aber hat der Sport – historisch eher selbstorganisierter Problemlösung als Protest nahe – die Defizite noch nicht deutlich genug für die Politik formuliert. Was bei den Hallenbädern beklagt wird, gilt auch für zahlreiche marode Sportstätten; der DOSB hat einen Milliardenbedarf errechnet. Ausgedünnter Nahverkehr erschwert Kids die Wege zu Training und Wettkamp, mittel-lose Kämmerer können keine attraktiven Sportveranstaltungen unterstützen; trotz erfolgreicher Anstrengungen ist die Zahl der Sportvereinsmitglieder im Osten noch immer hinter dem Westen zurück, und an der schwindenden Präsenz von ostdeutschen Vereinen in den professionellen Fußballligen werden wirtschaftliche Ungleichheiten deutlich.

Wenn ein Fußball-Profi täglich mehr kassiert als ein Olympiasieger im Jahr...

Geschrieben von: Hans-Jürgen Schulte/ DOSB/ DL

Mittwoch, 14. August 2019 um 14:53

Bis der „Plan für Deutschland“ mit einem sportlichen Pflichtenheft greift, darf schon vorher und weiterhin an den ungleichen Bewegungsverhältnissen im Sportsystem gearbeitet werden: mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien in Vereine, noch mehr Integrations- und Inklusionsangebote, Frauen in Führungspositionen, Gesundheitsprävention für Ältere. Die deutlichsten Ungleichheiten im Sportsystem liegen im ökonomischen Bereich, genauer den Einkünften der Akteure.

Wenn Spitzenfußballer an einem Tag mehr Salär erhalten als ein Olympiasieger an Sporthilfe für das ganze Jahr, die Beraterhonorare eines Jahres im Fußball etwa den Fördermitteln der Bundesregierung für den Spitzensport entsprechen, internationale ehrenamtliche Spitzenfunktionäre sechsstellige Aufwandsentschädigungen erhalten, dann darf eine werthaltige Debatte geführt werden, die nicht mit „Sozialneid“ beendet wird, sondern die Idee der Solidarität in den Mittelpunkt stellt. Die heißt in den Anfängen der deutschen Vereinsbewegung Brüderlichkeit und ist in der Olympischen Charta als „Solidarity“ grundlegend verankert.